Nr. 298 1. Ausgabe Sonntag, 2. November 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 80 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 4.50. Für schwer oder Kunstsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Platzvorschriften Ermäßigung nach feststehender Skala. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Bezirks- und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifblatt an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3.00, vierteljährlich M. 9.00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.15 „ „ 6.45
Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande M. 1.20
Einzelnummer werktags 10 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 10 Pf.

Valutafreuden

Von unserm Mitarbeiter

Rotterdam, 30. Oktober

Hunderte Menschen, Männer und Frauen, drängen und stoßen sich vor dem Eingang zur Paßstelle des deutschen Konsulats. Faustkämpfe werden vorgeführt, denn es gilt, durch die schmale Tür ins Innere einer Parterrewohnung von drei Zimmern einzudringen, wo ein halbes Dutzend furchtbar überlastet der Beamten den Holländern und Holländerinnen das ersehnte Visum, die Einreiseerlaubnis nach Deutschland, ausstellen soll. Es geht sehr leicht. Drüben, auf dem französischen Konsulat, heißt es wochenlang bitten, heißt es Fragebogen ausstellen, die bis auf die Nationalität der Urgroßmutter zurückgehen, bis man wirklich auf den Paß für Frankreich rechnen kann. Bei dem Engländer sieht es noch schlimmer aus. Man erwehrt sich der Neutralen, und insbesondere der Holländer, so gut es geht. Selbst noch der Luxuszüge Jahresbörse ließ man sie in nur sehr spärlicher Anzahl. Gram ist der Holländer dem Franzosen und Engländer nicht wegen dieser abweisenden Haltung. Er interessiert sich zur Zeit für nichts anderes als für die Reise nach Deutschland, wo man mit der Mark (lies: zehn Cent) allerlei nette Einkäufe besorgen kann. Die Taschen mit Reichsnoten gefüllt, tritt er die Reise ins „spottbillige Land" an. Schlecht gekleidet geht er hinüber. Denn er hat sich ausgerechnet, daß man bei der Valuta in Berlin einen Anzug billiger kauft als in der Amsterdamer Kalverstraat. Er kalkulierte, daß man sich einen schönen Pelz, Stiefel, Hemdkragen, Hüte in Deutschland immer noch wohlfeiler anschaffen kann als im Vaterlande des Gulden, wo die Preistreiber mit der deutschen Mark Millionengewinne erzielen . . .

Ich sprach einen hohen deutschen Beamten, der sich die Sache ansieht, seiner Regierung über die „Ausstaffierungsreisen der Holländer" nach Deutschland berichtet hat. Der Beamte sagt mir: „Die holländischen Privatreisenden sind es, die man etwas schärfer nehmen müßte. Sie schleppen — dank der Valuta — eine Menge Kleiderstoffe und sonstige Bedarfsgegenstände nach Holland, ohne beim Einkauf von dem geringen Aufschlage, der sonst für Neutrale in Anwendung kommt, betroffen zu werden. Wir brauchen die Kleider fürs Inland, und der holländische Mackenbedürfnis holt uns von den notwendigen Vorräten mehr weg, als zulässig ist. So geht es auch mit den Stiefeln, die in Deutschland immer wieder infolge des Valutastandes) viel billiger sind als in Holland." „Was läßt sich da tun nach Ihrer Meinung?" frage ich ihn. „Exemplum docent", lautet die Antwort; „machen wir es den Holländern nach." Während des Krieges durfte aus Holland kein Stück Stoff, kein Paar neue Stiefel nach Deutschland. Scharf, mitleidslos arbeitete der Grenzdienst. An dem engen Netz dieses alles hängen. Man lachte hier über die „Deutschen in Holzschuhen" und bot ihnen von den „Klompen" (Pantinen) etliche tausend Paar zum Kauf an. So ging es mit allem. Wer mit zwei Anzügen nach Deutschland wollte, ging eines Anzuges verlustig, und der konnte sich noch glücklich schätzen, denn die schlecht aufgelegten Zollwächter packten manchmal die ganze „Sonntagsgarderobe". Berge von Kleidern, Stiefeln, Lebensmitteln häuften sich in den holländischen Grenzplätzen an. Was ist damit geschehen?

Wir lassen alles durch! Die holländischen Privateinkäufer, die für sich, ihre Familie und die guten Freunde sorgen, die eifrigen, klugen Holländer, die jetzt in deutschen Städten „zaken" (Geschäfte) erledigen, ohne dabei ihre gesteigerten Lebens- und Luxusbedürfnisse zu vergessen, alle diese Reichen des neutralen Auslandes sollten an der Grenze entsprechend bestenert werden. Wir wollen sie nicht behindern, in Deutschland ihren Valutafreuden die Zügel schießen zu lassen, allein, wir beachten eine Sünde gegen unser eigenes Volk, wenn wir die gerechtfertigte Zollschranke nicht an der richtigen Stelle ansetzen. Kommen dann weniger holländische Privateinkäufer zu uns, so liegt keine Ursache vor, uns darüber zu grämen.

„Die Aeußerungen des deutschen Beamten sind durchaus zutreffend. Sie finden in der eingangs erwähnten Tatsache ihre Bestätigung, daß täglich ein Eisenbahnzug mit holländischen Privatleuten nach Deutschland rollt. Erbauliche Beispiele könnte ich die Menge liefern: Junge Holländer, auf Freiersfüßen, reisen ins Land der „spottbilligen Möbel", um dort für ihre Wohnung zu sorgen. Ein nettes Schlafzimmer kostet hier mindestens 8000 M., in Deutschland (Hamburg z. B.) bekommt man für dasselbe Geld ein Schlaf- und ein Eßzimmer. Küchen kauft man, nach Meinung der aus Deutschland zurückgekehrten Holländer, „drüben" um die Hälfte billiger. Die drolligsten Geschichten zirkulieren beim Tee der bestifften Damen. Herr Soundso kaufte seiner Frau in Deutschland vier reizende Toiletten, einen Pelzmantel; nach Rotterdam zurückgekehrt, ließ er die Sachen schätzen — man freut sich begreiflicherweise über ein vorteilhaftes „Geschäft" — und, was sagen Sie?! für den Pelz hätte er 100 Gulden mehr in einem Laden bekommen; die Toiletten kaufte er zu einem „lächerlichen Preise" . . .

Valutafreuden. Sie sind das Tagesgespräch. Jeder wünscht, sich seinen Anteil an dieser Chance erweitern zu können. Wenn es irgendwie geht, läßt er sich einen Paß ausstellen und eilt ums Visum auf die deutsche Paß-Stelle. Und als Holländer kann er sich auf die Reise durch Deutschland Lebensmittel mitnehmen, wieviel ihm gefällt. Die deutschen Eisenbahnen sind gleichfalls „spottbillig". Für vierein-halb Gulden fährt man zweiter Klasse Bentheim—Berlin.

Die Agitation für den 7. November

+ Berlin, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Aus verschiedenen Gegenden des Reiches liefen Nachrichten ein, daß die linksradikalen Kreise lebhaft für Streiks und Massenkundgebungen am 7. November, dem Jahrestage der russischen Revolution, agitieren. Der 9. November, der Jahrestag der deutschen Revolution, der ursprünglich dafür ausersehen war, fällt auf einen Sonntag. In Berlin beabsichtigt man, im Anschluß an die großen Massenkundgebungen sogenannte „Spaziergänge" nach den Gräbern der Märzgefallenen zu veranstalten. Sehr stark ist die Agitation besonders auch in Hamburg.

Eine ständige Rubrik bilden in den Spalten der Berliner Blätter Meldungen von bevorstehenden spartakistischen Putschen, die die Oeffentlichkeit nach den trüben Erfahrungen, namentlich in der Reichshauptstadt, beim Auftauchen solcher Aussichten in eine nicht geringe Nervosität versetzen, da sich natürlich niemand gerade nach der Wiederkehr von Straßenkämpfen sehnt. Aber anderseits sollte man sich bei ruhiger Ueberlegung durch solche alarmierende Nachrichten nicht ins Bockshorn jagen lassen, denn einmal haben wir heute ganz im Gegensatz zu der bald ein Jahr zurückliegenden Zeit zuverlässige Truppen zur Verfügung, die einen Putsch im Keime ersticken könnten, und dann sollte es eigentlich Pflicht machen, daß solche Ankündigungen von bevorstehenden Unruhen gewöhnlich auf Glück und Unglück hin gemacht werden. Es hieße über man wirklich Spartakus für allzu naiv halten, wenn er so öffentlich seine Karten aufdeckte. Anderseits wird für eine etwaige beabsichtigte Ausführung der Oeffentlichkeit auch keine gerechnete Erklärung zu finden sein, da sie auf alle Fälle als Warnungssignal wirken muß.

•

Verhaftung deutscher Spartakiden in Kopenhagen

Kopenhagen, 1. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Polizei hat 20 deutsche Spartakiden verhaftet, denen es gelungen war, ohne Pässe die Grenze zu überschreiten. Auch verschiedene Dänen sind verhaftet worden.

•

Maßnahmen gegen die Arbeitsunlust

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtbericht.) In einer Anzahl preußischer Eisenbahndirektionen sind mit dem 1. November diejenigen Betriebswerkstätten der Bahnverwaltungen geschlossen worden, in denen die Radikalen und Unabhängigen jede zufriedenstellende Arbeitsleistung durch Agitation unmöglich gemacht haben. Es sollen alle diejenigen Betriebswerkstätten geschlossen werden, in denen die Arbeitsleistungen um mehr als 50 Prozent zurückgegangen sind. Auch vor Massenentlassungen von schuldigen Arbeitern will der Eisenbahnminister nicht mehr zurückschrecken, weil bei der jetzigen Arbeitsleistung die Betriebe der Staatsbahnen nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Der Rote Vollzugsrat fordert die Funktionäre der Groß-Berliner Fabriken und Betriebe auf, neue Abstimmungen über die Proklamierung des Generalstreiks in Berlin als Sympathiestreik für die kämpfenden Metallarbeiter in den ersten Tagen der kommenden Woche vorzunehmen.

Die Abstimmung der Eisenbahner in den Betriebswerkstätten des Direktionsbezirks Berlin haben keine Mehrheit für die Wiedereinführung der Akkordarbeit gebracht. Radikale Redner drohen mit einer allgemeinen Sabotage, falls die Regierung das Prämien- und Akkordsystem wiedereinführt.

•

Straßenbahnerstreik im Ruhr-Gebiet

Bochum, 31. Oktober. Die Streikbewegung der Straßenbahner im rheinisch-westfälischen Industriebezirk nimmt immer weiteren Umfang an. Heute hat sich das gesamte Fahrpersonal der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn dem Ausstand angeschlossen. Der Verkehr ruht auf allen Linien vollständig.

•

Proteststreik der Gastwirte in Braunschweig

m. Braunschweig, 1. November. (Eig. Drahtbericht.) Sämtliche Hotels, Cafés, Gastwirtschaften und Konditoreien werden nach einem einstimmigen Beschlusse der Arbeitgeberverbände des Gastwirtsgewerbes am 1. Dezember in Stadt und Land Braunschweig geschlossen. Allen Angestellten in jenen Betrieben wird heute für den 1. Dezember gekündigt. Durch diesen Beschluß gelangt ein der Landesregierung in einer Protestversammlung der Gastwirte vor einigen Wochen angekündigter Proteststreik zur Ausführung, der auf die unzureichende Belieferung des Gastwirtsgewerbes mit Lebensmitteln, die Durchsuchungen der Betriebe durch die Polizei und die Beschlagnahmungen von Lebensmitteln sowie auch die Belegungen der Gastwirte mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen wegen Schleichhandels zurückzuführen ist. Dazu kommt eine von den Behörden den Gastwirten jetzt zugegangene Nachricht, daß sie mit einer Belieferung von Heizmaterial in diesem Winter nicht rechnen könnten, weil nur die Privathaushaltungen berücksichtigt würden.

Verschlimmerung im Befinden Haases

* Berlin, 1. November. Wie der „Lokalanzeiger" meldet, ist das Befinden des Abgeordneten Haase sehr ernst. Gestern abend trat eine Verschlechterung ein, die das Schlimmste befürchten läßt. Das Fieber ist auf über 40 Grad gestiegen. In der ersten Nachtstunde wurde der Abgeordnete von einem Schüttelfrost befallen.

Die Kohlenlieferung an Frankreich

* Berlin, 1. November. Wie der „Deutschen Allg. Ztg." gemeldet wird, lieferte Deutschland seit Anfang Oktober an Kohlen und Koks im Durchschnitt 17 000 Tonnen an Frankreich.

Bethmann Hollweg vor dem Untersuchungsausschuß

Berlin, 31. Oktober. (Eig. Meldung.)

Durch drei gewaltig hohe Fenster fällt ein helles, grelles Morgenlicht in den Saal 12 des Reichstagsgebäudes. Am Zeugentisch sitzt allein, hell im Lichte dieser Fenster, Herr v. Bethmann Hollweg, an einem Nebentische befinden sich Herr Helfferich und andre Staatsmänner der vergangenen Zeit.

Zu Beginn der Sitzung wird Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg vereidigt und ihm vom Vorsitzenden die Frage vorgelegt, ob er den Eid mit der religiösen Formel oder ohne sie zu leisten wünsche. Herr v. Bethmann erklärt, den Eid leisten zu wollen, wie er vor dem geleistet worden sei. Alsdann bittet der Vorsitzende Abg. Warmuth den Reichskanzler zur Kriegszeit, zusammenhängend über den Verlauf der Dinge zu berichten, und er legte ihm drei Hauptfragen vor:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember durch die Zentralmächte abgelehnt worden, trotzdem eine Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angeregt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt wurde?

2. Aus welchen Gründen sind Wilson die konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden, und zwar a) nicht öffentlich auf seine Note vom 21. Dezember und b) auch nicht vertraulich trotz des Erlasses des Obersten Hauptquartiers und des Obersten Hauptquartiers?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Boots-Krieges gegeben, von dem sie wußte, daß er zum Kriege mit Amerika führen würde?

Herr v. Bethmann Hollweg beginnt aus einem starken Konzept seine Meinung über die Dinge darzulegen. Er spricht leise, ein wenig pathetisch, und oftmals mit starker Betonung einzelner Worte, wie man es früher von ihm im Reichstage gewohnt war.

v. Bethmann Hollweg:

Man muß einen Unterschied zwischen den verschiedenen Auffassungen über Wilsons Friedensschritt machen. Nach unsrer Absicht sollte der Schritt Wilsons nur dazu dienen, die Kriegführenden zu Verhandlungen an einen Tisch zu bringen. Verhandeln wollten wir dann allein. Wilson sollte keine Rolle bei der Ordnung der Friedensbedingungen spielen, das war nie beabsichtigt und Wilson war damit auch einverstanden. Wenn in unsern Akten die Rede davon ist, eine Vermittlungsaktion werde nicht erwünscht, so bezieht sich dies ausschließlich auf den gewöhnlichen Vorsinn, auf eine Vermittlung, welche die Teilnahme an der materiellen Formulierung in sich schließt. Nicht getroffen aber wird diejenige Tätigkeit, die ich mit dem Worte „Friedensaktion" bezeichnen möchte. Der erste kritische Punkt fällt mit dem Friedensangebot zusammen.

Der Berichterstatter hat es als einen Kernpunkt bezeichnet, aufzuklären, ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein eigenes Friedensangebot machten, obwohl wir wußten, daß Wilson einen Friedensappell an die Entente richten würde. Wir verlassen dabei das Gebiet der Tatsachen und gehen damit zur politischen Würdigung feststehender Tatsachen über. Hinter dieser Hauptfrage steht unverkennbar die Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons gestört und gefährdet hätten. Demgegenüber betone ich:

Der Friedensappell, den Wilson erlassen wollte,

und dessen bevorstehenden Erlaß Bernstorff in Aussicht stellte, ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember enthalten. Geschrieben ist diese Note Mitte November. Mitte November hatten wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht, und Wilson wußte noch nicht, daß wir diese Absicht hatten. Der klare und unwiderlegbare Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten, noch sie beeinflußt hat. Ist Wilson darüber verständigt gewesen, daß wir seinen Friedensschritt nicht abgewartet haben, so steht fest, daß er seiner Verstimmung keinen Einfluß auf sein Handeln eingeräumt hat. Wenn von einer schädlichen Wirkung unsres Friedensangebotes gesprochen wird, so muß gefragt werden, ob es unser Friedensangebot gewesen ist, das die Entente veranlaßt hat, die Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die einer Ablehnung gleichgekommen ist, und ob ich, wenn das so war, das hätte wissen müssen und voraussehen können. Hierbei geraten wir in einen Konflikt von Problemen, von denen die amerikanischen Beziehungen nur einen verhältnismäßig kleinen Abschnitt bilden. Die jeweilige militärische Lage, die inneren Zustände bei uns und unsern Bundesgenossen, die Aspirationen der verschiedenen politischen Parteien, die Mentalität der Staatsmänner und verschiedenen Regierungen müssen dabei berücksichtigt werden und auch dann werden wir nur immer die eine Seite der Dinge beleuchten können. Ich komme nun zu den wesentlichen Gruppen der für das Friedensangebot sprechenden Gründe. Zunächst die außenpolitischen. Dabei muß ich freilich über

die Gesamterwägungen der damaligen Politik

sprechen. Die Bewegungsfreiheit aller Regierungen jener Zeit in der Friedensfrage war außerordentlich beschränkt. Die Staaten, gezwungen, ihre Völker zur äußersten Anstrengung zu bringen und in ihnen die Stimmung zu erhalten, die ihnen militärisch notwendig schien. Man hatte die Leidenschaft und den Haß teils hervorgerufen, teils vorgefunden, und man konnte sie nicht wieder loswerden. In allen Ländern bestanden Organisationen der Kriegsleidenschaft, sie wurden geschürt von den Gewalten im Staate, denen die militärische Führung oblag. Das alles hemmte die Bewegungsfreiheit der Regierungen. Ich glaubte, daß die vom Parlament und dieser ganzen Maschinerie abhängig gemachten Regierungen den Friedensschritt nur sehr schwer würden tun können, wenn nicht in den Völkern selbst die Stimmung für den Frieden vorhanden war. Durch alle meine Reden im Reichstag geht der Gedanke, auf die friedliebenden Minoritäten in andern Ländern einzuwirken. Ich habe mich bewußt dagegen gewehrt, meine Bewegungsfreiheit durch eine Entfesselung der Kräfte und Leidenschaften binden und einschränken zu lassen. Das haben die fremden Regierungen nicht getan. Sie werden in den Akten manches Zeugnis dafür finden, auch Zeugnisse unsrer Feinde über die ihnen unbequeme Wirkung meiner Reden und insbesondere gegen die besinnungslose Kriegsleidenschaft unsrer Feinde.

Das Friedensangebot vom 12. Dezember

ist für mich ein Glied in dieser Kette gewesen. Wenn Sie nach meinen Motiven weiterforschen, so bitte ich zu unterscheiden, daß ich wenigstens die feindlichen Regierungen in Verhandlungen zu verwickeln suchte, um den Stein ins Rollen zu bringen, und andrerseits den Gedanken, daß ein offizielles Friedensangebot der Mittelmächte eine tiefe Wirkung auf die Friedensstimmung der feindlichen Völker doch nicht verfehlen würde.

Der Redner geht dann auf das bekannte Vorer-Interview Lloyd Georges und auf den Sturz Sir Edward Greys näher ein. Damals habe die „Morning Post" geschrieben: Es geht eine allgemeine Erleichterung durch das Land, daß die englische Kabinettskrisis vor dem deutschen Friedensangebot erledigt worden sei. „Im englischen Kabinett gab es also mancherlei verschiedene Ansichten über die Friedensfrage, ebenso war es in dem noch mehr gebundenen Kabinett des zaristischen Rußlands." Herr v. Bethmann Hollweg bespricht weiter die Verhältnisse, die damals in Rußland herrschten, und führt dann fort: „Es ist billig und einfach, zu sagen, daß das, was eingetreten ist, auch eintreten mußte, und daß das geschichtlich Gewordene auch das Wahrscheinliche war. Das Friedensangebot war ein Versuch, die Völker zum Frieden zu bringen. Wir hatten uns zu diesem plötzlichen Schritt entschlossen, damit die Entente nicht durch vorherige Kenntnismachungen die Wirkung abschwächen könne. Die Hoffnung ist fehlgeschlagen, ich leugne es nicht. Aber wodurch? Durch die aus der Beloranis, schwach zu erscheinen, gewählte Form des Friedensangebotes, das ein Kompromiß zwischen der diplomatischen und der militärischen Form darstellte.

Dieses Friedensangebot war ein Mißerfolg,

das steht jetzt fest. Aber trotzdem hat es in den feindlichen Völkern noch lange nachgewirkt."

Nach längerer Darlegung der ganzen Verhältnisse jener Zeit, wobei der Zeuge auch dem ehemaligen Reichstag und mehrfach den Alldeutschen einen Hieb versetzt, erklärt Herr v. Bethmann Hollweg: „Es war mein Verhängnis, daß ich gerade dann gestürzt worden bin, als ich zum ersten Male mit dem Parlament und den militärischen Stellen, gestützt auf eine Majorität, meine Friedenspolitik wirklich praktisch betätigen zu können glaubte. Die Friedensresolution war schwach. Ich habe bereits damals im Haushaltsausschuß immer wieder gesagt: Lassen Sie keine schwache Resolution. Ich selbst erblicke das Verhängnis der deutschen Politik darin, daß die Ablehnung des Friedensangebotes durch die Feinde der politischen Leitung die Argumente nahm, mit denen allein Deutschland sich dem Beschlusse vom 9. Januar hätte widersetzen können."

Der Zeuge kommt dann zu der wichtigsten Frage seiner ganzen Abhandlung, nämlich der:

wie es zum U-Boots-Kriege kam.

Die Situation im Januar, als der unbeschränkte U-Boots-Krieg beschlossen wurde, war folgende: Die Marine machte sich stark, England bis zur neuen Ernte friedensbereit zu machen, wenn am 1. Februar der U-Boots-Krieg begänne. Dieser Zeitpunkt war als äußerster Termin bezeichnet, wenn der U-Boots-Krieg in diesem Jahre überhaupt Erfolg haben sollte. Konnte sich England im Februar verproviantieren, dann war die Möglichkeit für dieses Jahr fast Null. Die Oberste Heeresleitung verlangte den U-Boots-Krieg mit voller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel. Dabei wurde hervorgehoben, daß es vor den Sommekämpfern nicht mehr verantwortet werden könne, daß weitere Munitionstransporte über den Kanal kämen. Hinter der Forderung der Obersten Heeresleitung stand ein gewaltiger Teil des Volkes, das seit Jahresfrist ehrlich den Glauben hatte, der U-Boots-Krieg werde uns mit aller Gewißheit den Sieg bringen. Der Glaube saß so tief und fest, daß man mich, von dem man wußte, daß ich ihn nicht teile (mit erhobener Stimme), unterirdisch mit den infamsten Verleumdungen bekämpfte. Der überwiegende Teil der Presse hatte mit Hochdruck in demselben Sinn gewirkt. Wiederholte Ansätze, die Presse zu zügeln, waren ohne besonderen Erfolg geblieben, weil der U-Boots-Krieg nicht nur von der Armee und der Marine, sondern auch von der Mehrheit des Reichstages getragen wurde.

Das Zentrum hatte erklärt, daß ich zwar dem Reichstag allein verantwortlich sei, daß aber meine Entscheidung sich wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen habe. Falle diese Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boots-Krieges aus, so dürfe ich des Einverständnisses des Reichstags sicher sein.

Der Reichstag folgte der Obersten Heeresleitung.

Nachdem die Konservativen und Nationalliberalen schon vorher unbedingt dafür gewesen waren, war der parlamentarische Ring geschlossen. (Bewegung.) Von militärischer Seite ist jetzt behauptet worden, ich hätte die Oberste Heeresleitung sehr gegen ihren Willen in den Streit hineingezogen. Diese Behauptung greift fehl. Es handelte sich um die Anwendung eines Kriegsmittels, das notwendig zum Bruch mit Amerika, möglicherweise zum Konflikt mit andern Neutralen führen mußte. Ein solches Kriegsmittel konnte nur auf Antrag der Obersten Heeresleitung in Anwendung kommen. Die Oberste Heeresleitung hat im Kriege diesen Standpunkt immer scharf vertreten. Herr v. Beth-